

PRESSEMITTEILUNG

Neue Informationsplattform zu hybriden Bedrohungen gestartet: Innenministerium informiert Bürgerinnen und Bürger vor der Landtagswahl über hybride Bedrohungen und ausländische Desinformation

Das Innenministerium M-V hat die neue Informationsplattform „Resilient gegen hybride Bedrohungen“ veröffentlicht. Sie informiert Bürgerinnen und Bürger darüber, welche Formen hybrider Bedrohungen es gibt, wie Desinformation erkannt werden kann und was im Umgang mit entsprechenden Inhalten zu beachten ist. Darüber hinaus finden sich auf der Plattform Schutzempfehlungen, Kontaktdaten zu behördlichen Hilfsangeboten und eine Datenbank mit weiterführenden Informationen.

Die neue Informationsplattform „Resilient gegen hybride Bedrohungen“ steht unter [Ministerium für Inneres und Bau - Regierungsportal M-V](#) öffentlich zur Verfügung.

Innenminister Christian Pegel: „Desinformation begegnet uns heute täglich im Internet. Gerade vor einer Wahl müssen die Menschen erkennen können, ob eine Information stimmt, woher sie kommt und was möglicherweise dahintersteckt. Mit unserer neuen Plattform wollen wir dabei Orientierung geben und verlässliche Informationen an einer Stelle zugänglich machen.“

Das Innenministerium M-V hat bereits am 11. Juni 2026 im Rahmen der Vorstellung des aktuellen [Verfassungsschutzberichts](#) M-V über die erhöhte Gefährdungslage im Bereich hybrider Bedrohungen informiert. Mit seinem aktuellen

IM

Datum: 14. August 2026

Nummer: 133/2026

Ministerium für Inneres und Bau

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-12003

E-Mail: presse@im.mv-regierung.de

Internet: www.im.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Marie Boywitt

[Warnhinweis](#) vom 12. August 2026 bestätigt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ausländische Einflussoperationen auf die bevorstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen. Seit Juni 2026 hat das BfV mehrere Manipulationswellen registriert, die darauf abzielen, die Bevölkerung zu verunsichern und zu polarisieren, um hierdurch auf ihr Wahlverhalten Einfluss zu nehmen.

Die Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler erfolgt vor allem durch Desinformation, d. h. die Verbreitung von falschen, unvollständigen oder irreführenden Informationen. Die Verbreitung dieser „Fakes“ erfolgt überwiegend über die Sozialen Medien wie z. B. die Plattform X, aber auch über Messenger-Dienste.

Auch Bilder, Videos und Audiodateien können inzwischen mit Hilfe Künstlicher Intelligenz erstellt oder verändert werden. Solche Inhalte lassen sich anschließend schnell und in großer Zahl verbreiten. Für Nutzerinnen und Nutzer ist deshalb nicht immer auf den ersten Blick erkennbar, ob ein Inhalt echt ist, verändert wurde oder aus welchem Zusammenhang er stammt.

Mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Deutschland werden unterschiedliche Themen für Desinformationskampagnen genutzt. Dazu gehört insbesondere die Diskreditierung von Kandidatinnen und Kandidaten. Auch auf die Spaltung von Ost- und Westdeutschen wird gezielt. Weitere Anknüpfungspunkte sind die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die deutsche Unterstützung für die Ukraine.

Mit näher rückendem Wahltermin werden ausländische Akteure erwartungsgemäß versuchen, Zweifel an der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl zu wecken. Insbesondere die Auszählung der Stimmen wird wahrscheinlich dabei zum Gegenstand irreführender Behauptungen werden. Ziel solcher Kampagnen ist es, das Vertrauen in die Wahl, ihre Ergebnisse und die zuständigen Institutionen zu schwächen.

Das Land hat zum Schutz der Landtagswahl bereits umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Ziel ist es, entsprechende Aktivitäten frühzeitig zu erkennen, die zuständigen Stellen und die Bevölkerung zu informieren und die Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen zu stärken.

Mit der neuen Informationsplattform wird die Informationsarbeit des Innenministeriums für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut. Sie bündelt Informationen zu hybriden Bedrohungen und zeigt auf, wo verlässliche Informationen und Unterstützung zu finden sind.

In den kommenden Wochen wird das Innenministerium die Informationsarbeit auch über die [sozialen Medien](#) fortsetzen und dort über die Gefahren von Desinformation im Internet sowie den Umgang mit entsprechenden Inhalten informieren.